



Frauenwürde e.V.,  
c/o Annegret Laakmann, Flaesheimer Str. 269, 45721 Haltern

Frau Bundeskanzlerin  
Angela Merkel  
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

Haltern, 28. Juni 2010

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die notwendigen Sparvorschläge der Bundesregierung sehen auch Einsparungen im sozialen Bereich und hier besonders bei Hartz IV/ALG II-Empfängerinnen vor.

Aus den Erfahrungen unserer staatlich anerkannten Beratungsstellen für Frauen, Paare und Familien im Schwangerschaftskonflikt protestieren wir energisch gegen die Einsparung des Elterngeldes und der Rentenbeiträge in diesem Personenbereich.

Eines der wichtigsten Argumente in der Überlegung zu einer Abtreibung ist die wirtschaftliche Situation der zukünftigen Mutter bzw. der zukünftigen Eltern. In seinem Urteil vom 28. Mai 1993 forderte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber u.a. auf, gesetzliche Regelungen zum besseren Schutz des ungeborenen Lebens zu erlassen. Dazu gehört auch, dass dem ungeborenen Kind eine wirtschaftliche Grundsicherung ermöglicht wird, die die großen Mehrausgaben vor allem im ersten Lebensjahr sicherstellt. Nach der Einführung des gestaffelten Elterngeldes wurde das für alle gleich hohe Erziehungsgeld gestrichen. Mit der Streichung des Erziehungsgeldes, das für zwei Jahre gezahlt wurde, waren bedürftige Mütter bzw. Eltern schon besonders benachteiligt. Nun sollen auch sie wieder die relativ größere Last der geplanten Einsparungen tragen.

Für die Beratungsstellen heißt das, dass sie Frauen, die aus wirtschaftlichen Gründen einen Abbruch erwägen noch weniger wirtschaftliche Sicherheit anbieten können. Es wird schwieriger werden, in den Beratungsgesprächen die gesetzlich vorgeschriebene Beratung für das Kind zu leisten und die Frauen zum Leben mit dem Kind zu ermutigen. Die Folge wird sein, dass die Kinderarmut steigen und der Kampf um andere lebensnotwendige Beihilfen sich erhöhen wird – und damit die Anwaltsfunktion unserer Beraterinnen für die Klientinnen stärker nachgefragt wird, was wiederum eine höhere Belastung sowohl der Beraterinnen wie auch der Klientinnen bedeutet – oder dass die Abtreibungszahlen steigen. Das kann doch nicht Wille des Gesetzgebers sein.

Die geplante Streichung der Rentenbeiträge ist keine Einsparung sondern ein unüberlegtes Ver-

**Vorstand:**

Sigrid Brüggemann  
Alleestr. 7  
65812 Bad Soden  
Telefon: 06196-7693310

Annegret Laakmann  
Flaesheimer Str. 269  
45721 Haltern  
Telefon: 02364-5588

Hanspeter Schladt  
Traubenbergweg 4  
56566 Neuwied  
Telefon: 02631-48327

**Bankkonto:**

Sparkasse Vest Recklinghausen  
Nr. 43760  
BLZ 426 501 50  
Internet: [www.frauenwuerde.de](http://www.frauenwuerde.de)

als mildätig anerkannt  
Finanzamt Hanau

St.-Nr. 22 250 5676 3



- 2 -

schieben des Risikos. Die damit anfallenden Beitragsausfälle müssten durch höhere Beiträge oder Zuschüsse ausgeglichen werden. Die zu erwartenden niedrigeren Renten von Hartz IV/ALG II-Empfängerinnen und Empfängern führen zu größerer Altersarmut und belasten die Kommunen, die für die höheren Grundsicherungsleistungen aufkommen müssen.

Mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft werden Gespräche geführt, bevor ihnen höhere Belastungen zugemutet werden. Über die Menschen, die durch ihre Situation sowieso schon vielfach belastet sind und – wie es aussieht – keine Lobby haben, wird ohne Rückfragen entschieden.

Wir fordern Sie und die betroffenen Gremien auf, Nachbesserungen bei den vorgesehenen Sparmaßnahmen vorzunehmen und das Leben von Familien und Menschen, die aufgrund geringer Mittel schon jetzt kaum am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, nicht weiter einzuschränken.

Mit freundlichen Grüßen

Annegret Laakmann  
für den *Frauenwürde e.V.*